

# Empörung über verschwundenen Gehweg

**VERKEHR** Kritik von allen politischen Seiten am Vorgehen der Stadtverwaltung beim Bummert in Leer

„Wir fühlen uns hinters Licht geführt“, sagte Michael Runden (AWG). Das Problem: Weil ein neues Gebäude dicht an der Kreuzung errichtet wird, ist eine Gefahrenstelle entstanden.

VON EDGAR BEHRENDT

**LEER** - Da war die Politik einmal einer Meinung: Von allen Seiten gab es am Dienstag im Ausschuss für Stadtentwicklung Kritik an der Verwaltung in Leer. Grund war die neue Situation für Fußgänger und Radfahrer am Bummert. Weil ein großer Komplex sehr dicht an die Kreuzung herangebaut wird, fällt ein Teil des Gehweges weg. Aus Sicherheitsgründen müssen Radfahrer dort nun absteigen – auch weil Mauerwerk und Bauzaun die Sicht einschränken.

„Wir fühlen uns hinters Licht geführt“: Mit diesen Worten trat Michael Runden (AWG) eine Welle der Empörung los. Es sei ein Unding, die Stadt handle grob fahrlässig, da sie einen Gefahrenpunkt verschärfe. Das sah Carsten Schoch anders. Der Stadtbaurat sprach lediglich von einer „Engstelle“ und erklärte, dass es sich bei der Gehwegfläche um ein Privatgrundstück handle. Schoch betonte erneut, dass der Genehmigung des Gebäudes der bereits gefasste Beschluss für den Bummert-Ausbau mit Ampeln zugrunde gelegen habe. Dieser lasse nun aber aufgrund „politischer Verwerfungen“ auf sich warten. Sobald dieser erfolgt sei würden wieder zusätzliche Flächen für Geh- und Radweg freierwerden.

Es sei „dreist“, den Ausbau mit Ampeln vorauszusetzen, kritisierte SPD-Fraktionschef Heinz Dieter Schmidt. „Gehen Sie nicht davon aus, dass



Radfahrer und Fußgänger müssen sich Flächen teilen, weil ein Neubau den Gehweg vereinnahmt. BILD: ORTGIES

die Kreuzung beampelt wird“, sagte er zu Schoch und spielte damit darauf an, dass die Politik voraussichtlich gegen die Anordnung des Landkreises Leer, dort Lichtsignalanlagen aufzustellen, klagen wird. Schmidt monierte, „dass wir doch die Möglichkeit gehabt hätten, den Neubau zwei, drei Meter zurückzusetzen“. Dass das Sozial-

werk der Freien Christengemeinde als Bauherr „kooperativ gewesen wäre“, glaubt auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Paul Foest. Selbst wenn es sich bei dem Gehweg um ein Privatgrundstück handle, „hätte man doch Bauvorschriften erlassen können“, meinte er. In seiner Fraktion neigten Mitglieder bereits dazu, doch für die

Ampeln zu stimmen, um auf diese Weise die jetzt zusätzlich entstandene Gefahrenquelle auszumerzen.

Für Verwirrung sorgte eine Aussage von Birgit Struckholt vom Fachdienst Stadtplanung. Auch sie betonte, dass auf Basis eines Ausbaubeschlusses für den Bummert die Baugenehmigung erteilt worden sei – allerdings handelte es sich nach ihrer Auffassung nur um die generelle Entscheidung für den Ausbau der Kreuzung. Mit Ampeln hätte diese noch nichts zu tun gehabt.

So oder so: An einen Ausbaubeschluss, aufgrund dessen sich die Bummert-Flächen verringern würden, so dass für Geh- und Radweg mehr Platz entstünde, konnte sich kein Politiker im Ausschuss für Stadtentwicklung erinnern. Die große Frage für Bruno Schachner (Grüne) – „Wie lässt sich das Dilemma nun lösen?“ – blieb vorerst unbeantwortet.